

Stadtparlament

Wortprotokoll

11. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 8. November 2016, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Jakob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso

Anwesend Stadtparlament: 27 Mitglieder

Entschuldigt: Reto Gmür, SVP
Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso
Monika Strauss, SVP

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP
Brühwiler Konrad, SVP
Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso
Hug Patrick, CVP
Züllig Hans Ulrich, FDP

Protokoll: Holenstein Nadja, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 11/1. Mitteilungen
- 11/2. Motion „Streichung Fraktionsentschädigung bei städtischen Abstimmungen“
Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung
- 11/3. Motion „Historisches Museum Thurgau nach Arbon“
Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung
- 11/4. Interpellation „Einheimischentarif und Tourismusförderung im Rahmen der Eintritte für städtisch subventionierte Publikumsangebote“
Beantwortung
- 11/5. Interpellation „Effizientere und extensivere Bewirtschaftung der Arboner Grünanlagen“
Beantwortung
- 11/6. Interpellation „Neues Bewirtschaftungskonzept zum Strandbad Arbon“
Beantwortung
- 11/7. Fragerunde
- 11/8. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Jakob Auer: Geschätzte Parlamentarierinnen, geschätzte Parlamentarier, Vertreter der Medien, geschätzte Besucher, Damen und Herren, liebe Andrea Schnyder. Langsam beruhigen sich die Angebote der touristischen Aktivitäten, welche in den vergangenen Monaten Arbon von einer positiven Seite gezeigt haben. Hier gilt nachträglich mein Dank jedem, der sich in irgendeiner Form daran beteiligt hat. Mit der heutigen Sitzung sind wir im Wechsel der Zeit. Von den strahlenden Sommerwärmetag gehen wir langsam in winterliche Temperaturen. Einzelne von uns können sich in den Winterschlaf legen, für andere geht es ungebremst weiter. Auch wenn die kommende Adventszeit sicher nicht überall Ruhe einbringt, hoffe ich, dass jeder von euch sie geniesst.

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich:

- Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso
- Reto Gmür, SVP
- Monika Strauss, SVP

Da Monika Strauss als Stimmenzählerin amtet, ist für die heutige Sitzung ein Ersatz zu wählen. Das Büro schlägt Ihnen im Namen der SVP Ruedi Daepf vor. Hat es andere Vorschläge? Wenn dem nicht so ist, dann gilt Ruedi Daepf in Stiller Wahl gewählt. Ich möchte dich bitten, zu uns auf die Bühne zu kommen.

Ich bitte die Parlamentssekretärin Nadja Holenstein den Appell durchzuführen.

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Nadja Holenstein.

Es sind 27 Ratsmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 14 Stimmen.

Präsident Jakob Auer: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste?

Da keine Wortmeldungen sind, gilt die Traktandenliste als stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten

Versand

Mit ausserordentlichem Versand vom 4. Juli 2016

- Motion „Streichung Fraktionsentschädigung bei städtischen Abstimmungen“ – Beantwortung
- Interpellation „Einheimischentarif und Tourismusförderung im Rahmen der Eintritte für städtisch subventionierte Publikumsangebote“ - Beantwortung
- Interpellation „Effizientere und extensivere Bewirtschaftung der Arboner Grünanlagen“ - Beantwortung

Mit Versand vom 30. August 2016

- Interpellation „Neues Bewirtschaftungskonzept zum Strandbad Arbon“ - Beantwortung

Mit Versand 2 vom 25. Oktober 2016

- Motion „Historisches Museum Thurgau nach Arbon“ – Beantwortung

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Das Protokoll der 10. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist vom Büro genehmigt worden und im Internet aufgeschaltet.
- An der heutigen Sitzung sind folgende Parlamentarische Vorstösse eingegangen:
 - Interpellation betreffend Integrationsarbeit der Stadt Arbon von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-JUSO

Diese geht nun in Zirkulation
 - Einfache Anfrage betreffend Kostenbeteiligung an Renovationen von geschützten Objekten von Cyrill Stadler, FDP

Diese wird zur Beantwortung an den Stadtrat weitergeleitet.

Mitteilung der Einbürgerungskommission

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefassten Beschlüsse.

Das Wort für die Mitteilungen hat Dominik Diezi als Präsident der Einbürgerungskommission.

Dominik Diezi, Präsident EBK: Die Einbürgerungskommission hat an ihrer Sitzung vom 25. Oktober 2016 die folgenden Personen ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Budimir Matej, 1997, kroatischer Staatsangehöriger
- Ljucovic Daniel, 1996, montenegrinischer Staatsangehöriger
- Radicevic Goran, 1970, serbischer Staatsangehöriger
Radicevic Vesna, 1974, serbische Staatsangehörige
- Radicevic Marko, 1999, serbischer Staatsangehöriger
- Radicevic Andela, 2000, serbische Staatsangehörige

Pendenzen:

Im Moment liegen 3 pendente, behandlungsreife Gesuche von 5 Personen vor. Weitere 34 Gesuche von 67 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt.

Präsident Jakob Auer: Ich danke Dominik Diezi für die Ausführungen.

2. Motion „Streichung Fraktionsentschädigung bei städtischen Abstimmungen“
Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung

Präsident Jakob Auer: Die Motion betreffend „Streichung Fraktionsentschädigung bei städtischen Abstimmungen“ wurde am 24.05.2016 eingereicht durch Cyrill Stadler, Regina Hiller, Riquet Heller, Christine Schuhwerk, Silke Sutter Heer, Claudia Zürcher und Peter Künzi, alle FDP/XMV.

Das Wort gebe ich nun dem Motionär Riquet Heller.

Riquet Heller, FDP: Namens der Fraktion FDP-XMV stelle ich Ihnen den Antrag, die Motion sei erheblich zu erklären. Vorweg möchte ich dem Stadtrat namens meiner Fraktion für die Beantwortung der Motion danken. Die Beantwortung ist in der Sache korrekt. Dies war auf Grund der klaren und inhaltlich einfachen Motion auch keine schwierige Aufgabe. Meines

Erachtens sind aber die aus der Auflistung der Fakten gezogenen politischen Schlüsse falsch.

Damit habe ich bereits zur Begründung des Antrages auf Erheblich-Erklärung übergeleitet.

Meine Fraktion meint, die Argumente, die in der Beantwortung der Motion für eine Abschaffung der Abstimmungssubventionen aufgelistet sind, seien wesentlich griffiger und überzeugender als diejenigen, die für ein Beibehalten sprechen.

Herausgegriffen sei das Argument, wonach das Subventionssystem, das wir gewählt haben, die Meinung begünstigt, die hier im Parlament sowieso schon gut vertreten ist. Standpunkte, die der Parlamentsmehrheit widersprechen, ihr nicht passen, d.h. wo Volksabstimmungen kein blosser Applaus für die Parlamentsmehrheit sind, kriegen kein oder wenig Geld. Das ist frappant ungerecht und eine Bevorteilung der Parlamentsmehrheit. Auch Private versuchen bekanntlich immer wieder, mit finanziellen Mitteln Abstimmungen zu beeinflussen. Das ist ein Aspekt der privaten Meinungsfreiheit und so zu akzeptieren, aber problematisch. In Arbon nun Gleiches mit öffentlichen Mitteln zuzulassen, nämlich dass das Parlament seine Meinung mit Steuergeldern durch die Volksabstimmungen boxen kann, ist bedenklich und darum abzustellen.

Zweite politische Konsequenz, die aus der Argumentation gemäss Beantwortung der Motion durch den Stadtrat zu ziehen ist: Sie erinnern sich an den Abstimmungskämpfe um die Demenz-Initiative und zum letztjährigen Budget. Das sind beides „nova“, die wir noch nicht kannten. Wir von der FDP-XMV-Fraktion meinen: Eine Befeuierung solcher Abstimmungskampagnen mit öffentlichen Geldern sei ganz einfach unnötig. Die Gemüter der politischen Akteure erhitzen sich in Arbon auch ohne Subventionierung via Staatskasse genügend. Und private Portemonnaies öffnen sich ebenfalls genügend, um Reklame im öffentlichen Raum aufzuhängen und Inserate in Zeitungen zu schalten. Wenn diese Abstimmungskampagnen um jeweils 6'000.00 Franken gekürzt werden, bricht deswegen in Arbon nicht die politische Eiszeit aus. Wir meinen, eine gewisse Abkühlung täte allenfalls gar gut. Jedenfalls ist die Befeuierung des örtlichen politischen Dampfkessels mit Geld aus der Stadtkasse absolut unnötig, bzw. einzustellen.

Drittes Argument: Arbon steht das Wasser finanziell bis zum Hals und in Sachen Steuerfuss sind wir Spitzentreiter. Unsere Stadtvertreter begeben sich neuerdings immer wieder auf Bettel-Touren nach Frauenfeld, namentlich betreffend unsere Sozialkosten. Weiter laden sie umliegende Gemeinden immer wieder dazu ein, sich doch verstärkt an unseren hohen Zentrumskosten zu beteiligen. Dies alles ist sehr verständlich und unsere Argumentation ist gut. Doch wenn morgen in Frauenfeld und in der Region Arbon in der Zeitung zu lesen sein wird, dass wir uns nach wie vor die „Extra-Wurst Subventionierung“ von Abstimmungskämpfen leisten, dies wohlverstanden als einzige Gemeinde im Kanton, verspielen wir den politischen „good-will“. Da hilft es wenig, wenn wir entgegnen, es betreffe ja jeweils nur Fr. 6'000.00 pro Abstimmung. Wir werden verhöhnt werden und mit unseren wohlgegrundeten Anträgen, man solle uns doch aus der finanziellen Misere helfen, mit der Begründung nach Hause geschickt, dass es mit der finanziellen Lage in Arbon doch nicht so schlimm sein könne, wenn wir uns nach wie vor die „Extra-Wurst Abstimmungssubventionen“ leisten können. Mit der Subventionierung von Abstimmungskämpfen senden wir somit ein Signal aus, das politisch einfach falsch ist. Wir erlauben uns Dinge, die wir, wenn wir in einer solchen Situation sind, nicht erlauben sollten.

Weil sich meine Fraktion über die Erfolgsaussichten betreffend die Erheblicherklärung keine Illusionen macht, leiste ich mir den Luxus, sonstige meines Erachtens ungünstige politische Signale zur Arboner Finanzlage aus jüngerer Zeit zu erwähnen und damit möglicherweise Missmut bei einigen Kolleginnen und Kollegen zu erwecken: „Winterwasser“ und „Nichtverwertenwollen des Sonnenblumenhauses“ sei Stichwort.

Gerne höre ich nun mit meiner Fraktion zusammen die Gegenvoten an, erinnere an die flammenden Sparappelle im Rahmen der Budget-Debatte 2016 und freue mich zusammen mit meinen Kollegen der Fraktion auf die analogen flammenden Voten, die im Rahmen der

Budget-Debatte 2017 zu erwarten sind. Repetitiv, vielleicht so repetitiv wie der Antrag meiner Fraktion auf Streichen der Subventionierung, wird das Motto sein: Sparen ja, selbst bei geringen Beträgen natürlich, aber bitte nicht hier und nicht jetzt und auch nicht im Einzelfall Subventionierung von Abstimmungskampagnen. Das haben wir gerade ja entschieden. Hier bei der Streichung der Abstimmungskampagnensubvention wäre meines Erachtens der Sparschmerz wirklich klein; bzw. kleiner als beim Winterwasser und beim Sonnenblumenhaus zum Beispiel.

Ich fasse zusammen:

1. Die Argumente für die Subventionsabschaffung sind besser; namentlich was die Rechtsgleichheit betrifft.
2. Das Arboner Polit-Klima braucht nicht mit öffentlichen Geldern angeheizt zu werden. Es ist hitzig genug.
3. Das Subventionieren von Abstimmungskampagnen ist das falsche politische Signal, das wir zu unserer finanziellen Lage aussenden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Natürlich ist die finanzielle Lage in Arbon schlecht. Umso absurder ist es, dass die FDP unsere Verwaltung und das Parlament mit einem Geschäft belastet, das vor gerade einmal drei Jahren behandelt wurde und wozu das Parlament einen eindeutigen Beschluss gefasst hat. Diese Motion, die den damals gefassten Beschluss rückgängig machen will, ist pure Zwängerei. Seither hat sich nämlich überhaupt nichts geändert. Nicht einmal die Gegenargumente der FDP sind besser geworden. Dabei hatten sie drei Jahre lang Zeit, sich griffigere auszudenken. Ich habe keine Lust, hier viele Worte zu verlieren, aber zu einem Argument möchte ich doch Stellung nehmen. Riquet Heller hat es erwähnt; die FDP stört sich insbesondere daran, dass im Abstimmungskampf nur die Fraktionen Geld erhalten. Eine Interessengemeinschaft zum Beispiel aber nicht. Ich erkläre gerne, weshalb das auch richtig so ist. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind demokratisch gewählt und vertreten die Arboner Bevölkerung. Zumindest jener Teil der wählen darf – ca. 30% sind hier leider ausgeschlossen, aber das tut hier nichts zur Sache. Die Fraktionen wiederspiegeln die politischen Verhältnisse in Arbon. Unser Parlament ist sozusagen eine Miniaturabbildung der Arboner Bevölkerung. Eine Interessengemeinschaft hingegen ist nicht demokratisch gewählt und vertritt Partikularinteressen. Wenn nun eine Interessengemeinschaft in einem Abstimmungskampf von keiner einzigen Fraktion Geld erhält, weder von „links“, noch von „rechts“, ja nicht einmal vom „gesunden Menschenverstand“, dann ist das Anliegen ganz offensichtlich in der Bevölkerung kaum abgestützt. Es ist deshalb richtig, dass die Interessengemeinschaft in diesem Fall nicht mit öffentlichen Geldern unterstützt wird. Alles andere wurde bereits vor drei Jahren gesagt. Die Motion ist abzulehnen.

Philipp Hofer, CVP: Vor rund zwei Jahren wurde hier im Stadtparlament mit deutlichem Mehr, wie wir es auch von Felix Heller gehört haben, dem Beschluss zur Regelung der Finanzierung von Abstimmungen zugestimmt. Die CVP/EVP-Fraktion ist der Auffassung, dass eine Aufhebung des entsprechenden Beschlusses nach gerade mal zwei städtischen Abstimmungen mit Entschädigungsbeiträgen zu früh ist, da die Erfahrungen dazu nicht genügend aussagekräftig sind. Wir erachten es jedoch als wichtig, dass der entsprechende Beschluss zu gegebener Zeit kritisch beleuchtet wird und allfällige Anpassungen vorgenommen werden. Beispielsweise könnte die Frage gestellt werden, ob bei den jährlich stattfindenden Abstimmungen zu Budget und Rechnung der Stadt Arbon auf die neue Regelung verzichtet werden könnte. Die CVP/EVP-Fraktion ist gegen Erheblicherklärung der Motion.

Roland Schöni, SVP: Die SVP-Fraktion ist einstimmig gegen eine Erheblicherklärung. Wir sehen es in der Begründung und Antwort des Stadtrats ebenso und wollen diese Regelung im Sinne und zur Unterstützung einer offenen Informationspolitik beibehalten. Der klar

umrissene Rahmen für den Bezug von Unterstützung an die Fraktionen ermöglicht in seltenen und umstrittenen Fällen eine umfassende Diskussion und Information, sodass es zu besseren Entscheidungen kommen kann. Es wurde schon viel gesagt und ich verzichte auf eine Wiederholung der Argumente für diese sinn- und wertvolle Lösung. Die SVP-Fraktion lehnt diese Motion ab. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtpräsident Andreas Balg: Wie Sie in unserer Zusammenstellung entnehmen können, gibt es genügende Argumente dafür und dagegen. Und die erneute Prüfung hat keine neuen Erkenntnisse gebracht. Deshalb sieht der Stadtrat auch keinen Grund für Handlungsbedarf. Aber erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung. Letztlich ist nicht das System, was gut oder schlecht ist, sondern was wir daraus machen. Oder konkret formuliert: Jede Partei kann selbst und freiwillig auf eine Entschädigung verzichten.

Präsident Jakob Auer: Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Motionär beantragt die Motion „Streichung Fraktionsentschädigung bei städtischen Abstimmungen“ als erheblich zu erklären. Wer dem zustimmen will, erhebe sich vom Sitz.

://: **Die Motion „Streichung Fraktionsentschädigung bei städtischen Abstimmungen“ wird mit 8 : 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen als nicht erheblich erklärt.**

3. Motion „Historisches Museum Thurgau nach Arbon“ Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung

Präsident Jakob Auer: Die Motion betreffend „Historisches Museum Thurgau nach Arbon“ wurde am 24. Mai 2016 eingereicht durch Max Gimmel, Riquet Heller, Regina Hiller, Peter Künzi, Christine Schuhwerk, Cyrill Stadler, Silke Sutter Heer, Claudia Zürcher, alle FDP/XMV.

Das Wort hat der Motionär Max Gimmel.

Max Gimmel, FDP: Dass das Historische Museum Thurgau einen Standort sucht, ist nicht neu. In diesem Zusammenhang hat sich Arbon auch schon früher empfohlen. Die Standortsuche ist aber in eine neue Phase eingetreten, weil die dafür vorgesehenen Lagerhäuser in Romanshorn für dieses Projekt nicht mehr zur Verfügung standen. Das Historische Museum Thurgau will aber nicht bloss aus reinem Platzmangel aus dem Schloss Frauenfeld ausziehen. Es will sich erneuern, modernisieren und anders auftreten. Die Historie allein genügt nicht mehr, um interessant zu sein. Es braucht eine Neuausrichtung, mit der man Besucher anziehen kann. Es braucht einen neuen Auftritt. Der Kanton hat grundsätzlich Bereitschaft erklärt, den Oberthurgau zu berücksichtigen und hat dies bis heute noch nicht widerrufen. Aus diesem Grund sind wir der Ansicht, dass sich Arbon neu einbringen und aktiv werden muss. Der Stadtrat hat dies, wie wir es in der Antwort der Motion dargelegt bekommen haben und auch aus der Zeitung entnehmen konnten, bereits gestartet und hat in Frauenfeld zwei Dossiers mit möglichen Varianten deponiert. Dafür bedanken wir uns sehr beim Stadtrat. Damit hat er Punkt eins und drei der Motion umgesetzt. Wir sind aber der Ansicht, dass es noch mehr Feuer braucht und verlangen deshalb, dass auch Punkt zwei der Motion umgesetzt wird. Nämlich eine Arbeitsgruppe zu bilden, bestehend aus Vertretern von Stadtrat, Historischem Museum, Eigentümern des SaurerWerk1, Kantonsrat und Interessensvertretern. Es soll keine parlamentarische Kommission sein. Aus diesem Grund muss unsere Motion erheblich erklärt werden und Arbon soll sich mit vereinten Kräften für diese einmalige Chance, unser Schloss langfristig einer hervorragenden Nutzung zuzuwenden, einsetzen. Ein Nichterheblicherklären wäre für uns ein deutliches Zeichen an mangelndem Interesse. Das können wir uns schlachtweg nicht leisten.

Der Regierungsrat hat, wie bereits erwähnt, einmal entschieden, dass das Historische Museum Thurgau in den Oberthurgau wechseln soll. Ob er auch in Zukunft zu diesem Entscheid steht, ist nicht sicher. Zwar gewinnt man den Eindruck, dass er über die Kantonale Denkmalpflege Arbon zu einem Museum machen will, indem er rekordverdächtig über 300 Objekte im Schutzplan aufnehmen will. Allein dies wäre schon ein schwerwiegendes Argument für den Standort Historisches Museum in Arbon. Das Schloss Arbon und die angrenzenden Areale sind von derart grosser historischer Bedeutung, wie sie es wohl in keinem anderen Ort im Thurgau gibt. Selbst die hochinteressante Industriegeschichte hat im Schloss einen Ursprung und Franz Saurer hätte ohne die Räumlichkeiten der Seidenbandweberei im Schloss kaum seine Ideen so schnell weiterentwickeln können. Das Arboner Ortsmuseum ist heute schon das bedeutendste seiner Art im Kanton. Wie aber am Anfang betont; reicht es heute nicht mehr, ein altes Schloss mit Vitrinen zu füllen. Es braucht ein neues Konzept, bei dem auch die junge Geschichte interessant dargestellt werden kann. Und eines ist auch klar; der Kanton kommt nicht nach Arbon und entwickelt für uns dieses Konzept. Den Kanton muss man überzeugen. Man muss ihm aufzeigen, was möglich ist. Auch solches, das zunächst unmöglich erscheint. Ein Beispiel dafür könnte ein moderner Neubau beim Schlossgraben sein. Unmittelbar beim SaurerWerk1. In diesem Fall wäre besonders wichtig, dass die Industrieprele FPT in jedem Fall gestärkt und keinesfalls verdrängt würde. Ein Kubus über den Parkplätzen der FPT könnte Moderne und Historie sinnvoll vereinen. Es gäbe aber auch noch andere Varianten, die bereits angedacht worden sind. In jedem Fall braucht es Mut zu einer Vision, denn es reicht nicht, wenn das Museum von einem Schloss ins andere zieht. Auch wenn das Schloss Frauenfeld in seiner Grösse und Bedeutung im Vergleich zum Schloss Arbon eher einem Stöckli nahekommt.

Der grosse Vorteil, den wir heute haben, ist der Faktor Zeit. Auf den ersten Vorstoss des Stadtrats beim Kanton hat dieser bestätigt, dass zuerst eine Arbeitsgruppe aktiv werden soll, die ein kantonales Museumskonzept ausarbeiten muss. In dieser Zeit kann eine Arbeitsgruppe hier aktiv werden, die für das Historische Museum eine Variante „Schloss Arbon Plus“ ausarbeiten soll. In einem Zeitungsartikel vom 25. Mai 2016 heisst es: „Frauenfeld ist der einzige richtige Standort für das Historische Museum Thurgau. Wesentliches der Thurgauer Geschichte habe sich in Frauenfeld abgespielt.“ Das ist Humbug. Die grossen Entwicklungen im Kanton haben sich alle ausserhalb von Frauenfeld abgespielt. Die Stadt Frauenfeld bringt die freiwerdende Kaserne ins Spiel. Vor wenigen Wochen stand in der Zeitung bereits geschrieben, dass der Ideenwettbewerb über das Kasernenareal abgeschlossen ist und die Jury entschieden hat, die Projekte aber erst später vorgestellt würden. Man kann mir doch nicht erzählen, dass die Stadt Frauenfeld einen Ideenwettbewerb über ein Areal, das für das Museum geeignet wäre, in Auftrag gibt, ohne dass dieses Museum bereits ein wesentlicher Bestandteil dieses Projektes ist. Frauenfeld wird also mit einer fertigen Lösung für ein wunderbares Museum kommen.

Um dieser Lösung Paroli zu bieten, braucht es ein umfassendes und ausgereiftes Gegenprojekt. Der bisherige Vorstoss des Stadtrats reicht deshalb noch nicht. Es ist aber eine sehr gute Grundlage, um noch ein bis zwei Briketts nachzuschieben und das Projekt noch umfassender und visionärer zu präsentieren. In Arbon fahren 200 bis 300 Tausend Velotouristen pro Jahr vorbei - in unmittelbarer Nähe des Schlosses. Wer fährt denn schon mit dem Velo in die Stadt Frauenfeld? Wir haben eine sehr interessante Geschichte. Wir haben eine sehr hohe Tourismusfrequenz und wir haben Erfahrung und Besucher in unseren bisherigen Museen. Nutzen wir das für ein Museum, das auch der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gerecht werden kann, das offen, bürgernah und für vielfältige Ausstellungen nutzbar ist. Eines möchte ich aber in aller Deutlichkeit klarstellen; der Standort der FPT soll in keiner Weise dahingehend tangiert werden, dass FPT mit einem Museumsprojekt in seiner Unternehmungsentwicklung in Arbon gefährdet würde. Im Gegenteil. Die Industriegeschichte in Arbon könnte wohl kaum besser dargestellt werden als mit einem Unternehmen, das in die Zukunft weist. Kolleginnen und Kollegen, namens der FDP/XMV-Fraktion bitte ich euch, die Motion für erheblich zu erklären. Wir nutzen damit eine der wenigen Möglichkeiten, dem Schloss Arbon eine langfristige Perspektive zu geben.

Das muss es uns wert sein.

Roman Buff, EVP: Der Stadtrat ist in dieser Sache bis anhin sehr gut vorstellig geworden. Ich traue ihm zu, alles, was jetzt Max Gimmel erklärt hat, dass er auch diese Arbeitsgruppe einrichtet, ein Konzept macht, den Neubau berücksichtigt und im Dossier erweitert und so weiter. Die Motion muss in jedem Fall erheblich erklärt werden. Schon um dem Kanton ein richtiges Signal zu senden. Wir haben ja kürzlich in einem Bericht im Tagblatt gelesen, was Frauenfeld und dessen Stadtammann etwas arrogant von der Verlagerung des Museums in die Provinz des Oberthurgaus hält. Max Eichenberger hat dazu eine weltmeisterliche, eindeutige Replik im Tagblatt geschrieben. Ich gratuliere dir, Max.

Ruedi Daepf, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion spreche ich für die Erheblicherklärung der Motion. Der Standort Historisches Museum Arbon steht auf wackeligen Füßen. Trotzdem muss der Stadtrat alles daran setzen, um den Standort im Gespräch zu halten. Die Bemühungen des Stadtrats sind durchaus zu anerkennen und werden auch zur Kenntnis genommen. Die Motion ist in einem wichtigen Punkt nicht erfüllt; indem nur eine stadträtliche Arbeitsgruppe agiert und nicht, wie unter Punkt zwei gefordert, eine bestehend aus Vertretern von Stadtrat, Historischem Museum, Eigentümer WerkZwei, Kantonsrat und Interessensvertretern. Die Platzierung des Museums im Kanton wird eine langwierige Sache werden und benötigt einen langen Schnauf. Ohne ein schlagkräftiges Stosselement verlieren wir es aus dem Blickwinkel. Dem Kanton muss dahingehend signalisiert werden, dass wir ein geschichtsträchtiges Schloss an schöner Lage zu einer solchen Nutzung bereit haben und um Unterstützung bitten, dass dieses auch gepflegt und unterhalten werden kann. Steter Tropfen höhlt den Stein. Es darf nichts unversucht bleiben, unser Schloss an den Mann und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Damit die Kosten im Griff behalten werden können, muss die Motion als erheblich erklärt werden. Besten Dank.

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Zunächst ein Gegenargument. Das Schloss ist fleissig gelobt worden, doch es ist nicht zu bestreiten, die Webmaschinenhalle im WerkZwei wäre für heutige Museumskonzepte ein Traum. Offen, weit, hell, Fabrik und Zeugnis einer grossartigen Industriegeschichte. Ein Rest zwar in diesem Gelände, aber ein Rest wie ein mächtiger Tempel. Und doch; auch das Schloss ist - wir haben es von Max Gimmel gehört - der einstige Ort einstiger Fabrikräume. Auch da sind wir fernab von kleinen Zimmern und vorbestimmten Nutzungsmöglichkeiten aus einer anderen Zeit. Wände lassen sich entfernen. 125m² bis 200m² gross sind dann die Grundflächen bemessen. Und wie die sehr schöne Studie von Gysel + Partner demonstriert; von Etage zu Etage lässt sich nicht nur die von Frauenfeld vorgegebene Grösse für ein Kantonsmuseum zur Verfügung stellen. Zusammen mit dem schönen Innenhof sind auch Möglichkeiten gegeben, gleichsam in den historischen Raum zwischen Mittelalter, Industriezeit und Römerzeit hinauszugreifen. Das sind – das ist wesentlich und nicht nur einfach Vorausstellungen - Zusammenführung und Vernetzung. Ebenso möglich wie Installationen und Darbietungen, und was ein Museum unserer Zeit fordert: Raum für Interaktionen und Verweilen.

Den Charakter des öffentlichen Platzes und des Erlebnisses der Vermittlung unserer gemeinsamen Geschichte, das ist auch hier realisierbar. Aber es braucht Anstrengungen. Und zudem ist dieser Ort für uns in Arbon als Zentrum der Bühne Altstadt der ideale Dreh- und Angelpunkt für den weiteren Gürtel der Kultur, da er sich um Arbons Mitte legt. Die Arbeit des Stadtrats zeigt auf, dass das Schloss durchaus Potenzial hat, aber man muss Briketts nachlegen. So können auch wir als SP-Gewerkschaften-Juso nachvollziehen, dass man diese Variante priorisiert und deshalb eben Brikett nachlegen verstärkt haben will. Zumal hier auch die Möglichkeit besteht - Max Gimmel hat das auch ausgeführt - eine Erweiterung zu evaluieren. Das muss man wissen, obgleich das Schloss selbst schon die geforderte Raumgrösse hat. Denn klar ist: für uns geht es primär darum, dass das Schloss Geschichte und Zukunft für Arbon bedeutet. Dies immer schon bedeutet hat und uns so in dieser Hinsicht auch einen Auftrag mitgibt. Die zusätzliche Variante Schloss mit den gegebenen Möglichkeiten ist folglich zu prüfen.

Wir, SP-Gewerkschaften-Juso, stimmen der Erheblicherklärung zu.

Stadtpräsident Andreas Balg: Arbon hat immer wieder Geschichte geschrieben. Arbon inszeniert seine Geschichte mit vielen Kräften ausserordentlich erfolgreich und Arbon ist als Standort für ein kantonales Museum ideal geeignet. Deshalb setzte sich und setzt sich der Stadtrat aktiv für die weitere Aufwertung des Museumsstandorts ein. Und dies wird er auch tun, unabhängig davon, wie diese Motion beantwortet wird.

Präsident Jakob Auer: Wir kommen zur Abstimmung. Der Motionär beantragt die Erheblicherklärung der Motion. Wer dem zustimmen möchte, erhebe sich vom Sitz.

://: **Die Motion „Historisches Museum Thurgau nach Arbon“ wird einstimmig als erheblich erklärt.**

Gemäss dem Geschäftsreglement Art. 44 Abs. 4 entscheiden wir darüber, ob das Geschäft an eine Kommission oder dem Stadtrat zur Bearbeitung überwiesen wird. Da ich davon ausgehe, dass keine Kommission gegründet werden soll, werde ich zuerst den Stadtrat über den Antrag abstimmen lassen. Wer unterstützt, dass die Motion dem Stadtrat überwiesen wird, erhebe sich bitte vom Sitz.

://: **Die Motion „Historisches Museum Thurgau nach Arbon“ wird einstimmig dem Stadtrat überwiesen**

Ich verzichte auf eine Abstimmung für die Bildung einer Kommission.

4. Interpellation „Einheimischentarif und Tourismusförderung im Rahmen der Eintritte für städtisch subventionierte Publikumsangebote“
Beantwortung

Präsident Jakob Auer: Die Interpellation „Einheimischentarif und Tourismusförderung im Rahmen der Eintritte für städtisch subventionierte Publikumsangebote“ wurde am 22. März 2016 eingereicht durch Dominik Diezi, CVP/EVP, Roman Buff, CVP/EVP, Max Gimmel, FDP / XMV, Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso, Andrea Vonlanthen, SVP

Gemäss Art. 46 Abs. 4 des GR erklärt der Interpellant in einer kurzen Stellungnahme, ob er mit der Antwort befriedigt ist. Eine allgemeine Diskussion findet nur statt, wenn sie auf Antrag eines Parlamentsmitgliedes beschlossen wird.

Das Wort hat der Interpellant Dominik Diezi.

Dominik Diezi, CVP: Ich möchte hier nur noch anmerken, dass diese Interpellation von mir, von Roman Buff und von Luzi Schmid eingereicht wurde, aber nicht von den übrigen Fraktionspräsidenten. Wenn wir jetzt über den Einheimischentarif und die Tourismusförderung sprechen haben sie da eine andere, nur dass das klar ist. Als Mitinterpellant, ich bin auf alle Fälle ein solcher, möchte ich mich vorab beim Stadtrat für die Beantwortung der Fragen bedanken. Allerdings vermögen die Antworten des Stadtrats nicht zu befriedigen. In seinen Antworten erklärt der Stadtrat sinngemäss, dass er beim Schwimmbad kein Potential für Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben sieht. Diese Aussagen erfolgen relativ lustlos, ohne nähere Prüfung bzw. ohne eine solche in Aussicht zu stellen. Damit kommt der Stadtrat meines Erachtens seiner Verantwortung für die Stadt in der aktuell angespannten finanziellen Situation nicht nach. Beim Schwimmbad handelt es sich um eine der grossen Ausgabenpositionen in der Rechnung. Dass hier die legendäre Zitrone wirklich ausgesperrt ist, dafür erbringt der Stadtrat mit seinen Antworten auf alle Fälle nicht den Tatbeweis. Ich beantrage daher Diskussion.

Präsident Jakob Auer: Wir stimmen jetzt über den Antrag des Interpellanten für eine allgemeine Diskussion ab. Wer dem zustimmen möchte, erhebe sich bitte vom Sitz.

://: **Dem Antrag auf Diskussion wird mit 26 : 1 Stimmen zugestimmt.**

Ich gebe das Wort nochmals dem Interpellanten Dominik Diezi.

Dominik Diezi, CVP: „Winterwasser: Wer nicht Geldgeber ist, zahlt mehr“ so titelt die Thurgauer Zeitung vom 4. November 2016. Ab kommenden 26. November beträgt dort der Einzeleintritt Fr. 7.--. Alle Gäste aus Gemeinden, welche das Winterwasser nicht finanziell unterstützen, werden einen Einzeleintritt von Fr. 9.-- zu bezahlen haben. Winterwasser Oberthurgau, das Arbon nach einem Hin und Her auch mitfinanziert, kennt mit anderen Worten genau das, was wir anregen: nämlich einen Einheimischentarif. Auch bei den Schwimmbädern in der Region ist ein Einheimischentarif gang und gäbe. Ich verweise auf den Artikel in der Thurgauer Zeitung vom 6. August 2016: Steinach, Goldach und Horn bevorzugen alle bei den Einzeleintritten die Einheimischen. Und selbst Arbon kennt ja wie Rorschach dieses System. Einfach nur bei den Abos. Angesichts der angespannten Arboner Finanzlage ist es da mehr als unverständlich, dass der Stadtrat bei den Einzeleintritten einen Systemwechsel nicht einmal vertieft prüfen will. Ein solcher drängt sich doch förmlich auf. Es ist kein Grund ersichtlich, warum die Arboner Steuerzahler die Eintritte der halben Region subventionieren sollen. Sie können es sich schlicht nicht mehr leisten.

Dass sich auf dem Wege einer Erhöhung der Einzeleintritte für Auswärtige die Einnahmen steigern lassen, darf im übrigen als gegeben angesehen werden. Anstatt über diesen Punkt zu orakeln, wäre der Stadtrat gut beraten gewesen, mit den Kollegen in den Nachbargemeinden Kontakt aufzunehmen. Diese lassen sich nämlich im bereits erwähnten Artikel der Thurgauer Zeitung vom 6. August 2016 wie folgt zitieren „Unabhängig davon, ob Auswärtige einen höheren oder denselben Preis zahlen wie Einheimische - die Besucherzahlen sind stabil. Kritik am System wurde bisher kaum oder nur wenig geäussert.“ Diese Aussagen der Schwimmbadpraktiker aus der Region sind auch ohne weiteres plausibel. Wer schon an einem dieser prächtigen Sommertage im total überfüllten Schwimmbad war, kann sich kaum vorstellen, dass sich nennenswert Badegäste aus den benachbarten Gemeinden durch einen Einzeleintritt von beispielsweise Fr. 9.-- statt Fr. 7.-- von einem Besuch abhalten lassen. Stabile Besucherzahlen mal höherer Eintritt gleich höhere Einnahmen für die Stadt. Diese Rechnung ist dann schnell gemacht.

Die Bevorzugung der Einheimischen lässt sich auch praktisch ohne weiteres umsetzen. Wiederum lässt sich der Thurgauer Zeitung vom 6. August entnehmen, dass in den Nachbargemeinden verschiedene Modelle zur Anwendung gelangen. Ob nun Einwohnerliste, Einwohnerausweis oder Selbstdeklaration: Allen gemeinsam ist, dass es funktioniert. Und auch die Kollegen von Winterwasser Oberthurgau haben offensichtlich einen praktikablen Weg der Umsetzung gefunden. Angesichts der Tatsache, dass der Einheimischentarif in der Region weit verbreitet ist und bestens funktioniert, fragt man sich, worauf der Stadtrat noch wartet. Statt zumindest eine Arbeitsgruppe einzusetzen, hat der zuständige Stadtrat ja seine Hoffnungen auf die guten Beziehungen unserer Partei zu Petrus gesetzt. Ich glaube, Petrus war uns in diesem Jahr wohl gesinnt. Aber jetzt sind wir selbst gefragt. Oder wenn man es schon biblisch haben will, müsste das Motto mit Epheser 5.14 doch aktuell wohl eher heißen: „Wach auf aus deinem Schlaf, Arbon.“

Die Frage des Einheimischentarifs stellt sich im übrigen natürlich nicht nur im Schwimm-, sondern auch im Strandbad. Und auch bei anderen subventionierten Einrichtungen wie der Bibliothek sollte der Punkt der auswärtigen Trittbrettfahrer nicht aus dem Auge verloren werden. Das sind wir den Arboner Steuerzahldern in der aktuellen Situation einfach schuldig. Aber es geht bei der Interpellation ja nicht nur um die Tarifgestaltung. Es geht generell um Ideen, wie sich das finanzielle Ergebnis des Schwimmbads verbessern lässt. Vielleicht brächte frischer Wind in Form von neuen Mitdenkenden in einer Arbeitsgruppe auch hier den

Stadtrat weiter. Und warum nicht über die Öffnung der Anlage für Events oder Promotionsveranstaltungen nachdenken? Kann man sich in der jetzigen finanziellen Situation wirklich den Luxus leisten, derartige Möglichkeiten einfach pauschal zu diskreditieren? Interessant wäre im übrigen auch ein Quervergleich mit den drei anderen Thurgauer Verbundbädern punkto Personal- und Unterhaltsaufwand sowie den Eintritten. Dies würde unter Umständen Rückschlüsse auf weitere mögliche Verbesserungen erlauben.

Schliesslich wird in den stadträtlichen Antworten auch die etwas anders gelagerte Frage, ob im Rahmen der Tourismusförderung nicht über verbilligte Eintritte nachgedacht werden sollte, sehr kurz abgehandelt. Dabei wäre auch dies meines Erachtens ein Punkt, der eine vertiefte Behandlung durch eine Arbeitsgruppe durchaus verdient hätte. Nach vielen schlechten Nachrichten für den Arboner Tourismus könnte so vielleicht auch wieder einmal ein positives Zeichen gesetzt werden. Mit den knappen und eher lustlos ausgefallenen stadträtlichen Antworten ist diese Angelegenheit noch nicht erledigt: Wir werden dran bleiben.

Urs Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso: Was habe ich, aufgewachsen im nächstgelegenen Hafenstädtchen im Osten, als Kind wahrgenommen vom benachbarten Arbon? Nein, weder das Schloss noch das markante Hotel Metropol und auch nicht die Saurer-Lastwagen, welche damals noch produziert wurden. Es war das Schwimmbad Arbon. Genauer gesagt: der 10m-Sprungturm, schon damals bekannt als der einzige weit und breit. Zugegeben, ich selbst hatte mit einer gewissen Ehrfurcht stets eher Abstand gehalten davon. Kopfsprünge vom 3m-Brett waren für mich das Äusserste und so waren es erst meine beiden Buben, damals 1. und 4. Klässler, welche es nach unserem Umzug nach Arbon kaum erwarten konnten, sich aus luftigen Höhen ins Kühle Nass zu stürzen. Auch heute sind die beiden Arboner Schwimmbäder nach wie vor Aushängeschilder und nicht wegzudenkende Publikumsmagnete. Aus unserer früheren Wohnregion im Hinterthurgau wissen wir gleich von mehreren Bekannten, welche die Idylle des Strandbads sehr schätzen und dieses regelmässig und seit vielen Jahren immer wieder besuchen.

Machen wir uns keine Illusionen. Ein Schwimmbad kostendeckend zu führen ist nicht möglich. Ja, unsere Bäder sind defizitär und sie dürfen das aus der Sicht unserer Fraktion auch sein. Denn sie gehören zu den Herzstücken Arbons und sind ein wesentlicher Standortfaktor. Kommen wir nicht in Versuchung, ein paar Franken am falschen Ort einzusparen und beispielsweise durch Einschränkungen der Betriebszeiten die Attraktivität herabzusetzen. Hingegen ist es für die meisten innerhalb unserer Fraktion vorstellbar, dass mit massvoller und sorgsam platziertter Werbung und ausgesuchten Events Defizite verringert werden können, ohne wesentliche Abstriche dabei zu machen. Im Bezug auf zusätzliche Investitionen gibt es angesichts der angespannten finanziellen Lage verschiedene Meinungen, aus welchen summarisch eher Zurückhaltung hervorgeht. Die bestehenden Tarife erachten wir als zeitgemäss und wettbewerbsfähig. Diese sollten im Moment unverändert bleiben. Auch damit sollte das Wildbaden in den öffentlichen Anlagen nicht zusätzlich durch höhere Tarife gefördert werden.

Eine Differenzierung für den Tageseintritt halten wir deshalb nicht für sinnvoll und auch kaum für umsetzbar. Die Möglichkeit für Einheimische für Vergünstigungen besteht bereits bei den Abos und das soll auch weiterhin so beibehalten werden. Zu guter Letzt weisen wir darauf hin, dass für attraktive Schwimmbäder auch kundenorientiertes und freundliches Personal wichtig ist. Die Besucher gehen in die Badi, um ihre Freizeit zu geniessen und wollen als Gäste zuvorkommend behandelt werden. Leider sind Fraktionsmitgliedern in letzter Zeit vermehrt Beanstandungen zu Ohren gekommen bis hin zu Stimmen von Stammgästen, welche auf andere Schwimmbäder ausserhalb von Arbon ausgewichen sind. Wir bitten die Verantwortlichen deshalb, der Personalauswahl und der Personalführung ein stärkeres Augenmerk zu verleihen. Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Ausführungen sind für uns weitgehend nachvollziehbar. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Astrid Straub, SVP: Die SVP Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der vorliegenden Interpellation. Die SVP Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass eine erneute Erhöhung der Einzeleintritte nach erst 2 Jahren der falsche Weg ist. Hier kann man sogar sagen, es wäre der falsche Anreiz. Damit wird das Schwimmbad nicht attraktiver gemacht. Wie der Stadtrat bereits hinweist, müsste im Ganzen eine Aufwertung des Schwimmbades stattfinden. Eine teure Luxusvariante kann sich unsere Stadt in nächster Zeit mit Bestimmtheit nicht leisten! Die SVP Fraktion sieht gegenüber sozial schwächer gestellten Personen, welche sich keine Ferien leisten können oder Schüler die regelmässig das Schwimmbad benützen und den Einzeleintritt selbst zu bezahlen haben als nicht familienfreundlich an, sollte eine erneute Erhöhung der Eintrittspreise erfolgen. Speziell auch gegenüber Vereinen möchte die SVP Fraktion davon abraten, eine erneute Anhebung der Eintrittspreise zu lancieren.

Die Stadt Arbon hat jetzt schon eine der höchsten Schwimmbad-Eintrittspreise vorzuweisen, wenn man die Tarife mit weiteren Nachbarbädern vergleicht. Dazu kommt, dass mit der Parkplatzbewirtschaftung zusätzliche Einnahmen generiert werden. Anders mit den Abo-Preisen der auswärtigen Gäste. Wie unter „Tarife Schwimmbad“ auf der Homepage zu lesen ist, bezahlen die Auswärtigen im Vorverkauf wie auch im Normalverkauf den gleichen Preis. Bei den einheimischen Tarifen sieht die Sachlage anders aus. Hier bezahlt man im Normalverkauf den höheren Tarif. Hier sieht die SVP Fraktion eine Handhabung, um den auswärtigen Tarif in den Abos Normalverkauf anzupassen. Mit Vorbehalt, da man sich ja mit der Partnergemeinde Romanshorn, welche, so wie ich gesehen habe, keinen Vorverkauf anbietet, zuerst einigen müsste.

Die SVP Fraktion steht gegenüber verbilligten oder gar Gratiseintritten für übernachtende Gäste eher skeptisch gegenüber. Da, so keine direkten Mehreinnahmen gemacht werden können, was das Schwimmbad betrifft. Ausser bei den Parkplatzeinnahmen was dann aber wieder nicht tourismusfreundlich wäre. In der stadträtlichen Antwort vermisste ich die Abklärung mit anderen Gemeinden. Wie wird es in Amriswil, Rorschach oder Kreuzlingen mit Abgabe von verbilligten oder Gratis-Bädereintritten gehandhabt? Hier hätte die SVP Fraktion gerne genauere Abklärungen seitens Stadtrats gewünscht. Es könnte auch der Hotelier selber als Werbung Badeeintritte für seine Gäste bereithalten, welche er regulär von der Stadt erwirbt und somit eine Selbstwerbung für sein Gastgewerbe gemacht werden könnte. Nicht begeistert werden die Badegäste sein, die mit Versicherungsgesellschaften oder ähnlichen Promotionsveranstaltungen konfrontiert werden. Dazu dient ein Badebetrieb mit Bestimmtheit nicht.

Max Gimmel, FDP: Was wollen wir uns leisten? Was können wir uns leisten? Aufgrund der vorliegenden Zahlen können wir uns kaum ein Bild machen, wie das Verhältnis der Einheimischen zu Auswärtigen tatsächlich ist. Wir wissen auch nicht, was ein Tourismusangebot bringen resp. kosten würde. Wenn wir das Defizit von Fr. 350'000.-- sichtbar verändern wollen, dann müssten wir zum Beispiel mindestens Fr. 100'000.-- mehr einnehmen beim Schwimmbad. Das gäbe eine Erhöhung bei den Einnahmen von Fr. 450'000.-- auf Fr. 550'000.-- und das wäre eine Preiserhöhung der Eintritte über alles und mehr als 20%. Wenn wir die Arboner dann herausnehmen, dann wäre es für die Auswärtigen deutlich mehr bei 30%-35%. Und mit dieser Preiserhöhung wären wir im Vergleich mit den Nachbarbädern, wie sie in der Beantwortung der Interpellation aufgeführt sind, langsam aber sicher nicht mehr interessant. Aus diesem Grund sind auch wir der Ansicht, die gegenwärtigen Tarife sind so in Ordnung. Was die Interpellation aber aufzeigt, ist die Notwendigkeit für eine genaue Analyse, um bessere Auswertungen der Eintritte zu erhalten. Wir gehen davon aus, dass dies mit den gegenwärtigen Kassaautomaten noch nicht möglich ist und eine Verbesserung wieder Investitionen verursachen würde. Für uns wäre aber eine genaue Analyse ein wesentliches Mittel, damit man genau entscheiden kann, was man in Zukunft für Tarife einfordern soll. Dies sollte mittelfristig angestrebt werden. Danke.

Cyrill Stadler, FDP: Wenn man als Staat oder als Politische Gemeinde oder wer auch immer mehr Ausgaben als Einnahmen hat, muss man etwas machen. Man kann die Einnahmen erhöhen oder die Ausgaben senken. Die Interpellation möchte hier steigende Einnahmen generieren und das finde ich eigentlich einen sehr guten Weg. Max Gimmel hat erläutert, wie wir uns zur jetzigen Preissituation stellen. Was uns als zusätzlicher Gedanke noch gekommen ist: Wir haben eine eigentlich gute Eintritts-Austritts-Kontrollanlage, die würde es eigentlich ermöglichen, dass man auch Stundeneintritte aufsetzt, wo Badbesucher vielleicht auch einfach einen Morgentarif oder einen Stundentarif benutzen könnten. Das würde uns vielleicht in den Morgen- und Nachmittagsstunden zusätzliche Besucher generieren. Und da sehe ich eine weitere Möglichkeit, die Einnahmen zu optimieren. Das einfach als Ergänzung. Ich habe geschlossen.

Stadtrat Peter Gubser: Ich danke den Interpellanten für die Interpellation und ich danke den Rednerinnen und Rednern für ihre teils promovierten Stellungnahmen zur Antwort des Stadtrats. Ich danke insbesondere für die Hinweise auch die kritischen Hinweise, Dominik Diezi, was denn der verschlafene und müde Stadtrat noch machen könnte. Es ist im Schwimmbad schwierig zu beurteilen, wer Einheimischer und wer Auswärtiger ist. Wir könnten das machen, indem wir die Abos speziell markieren oder wir könnten die Leute immer wieder befragen. Aber das auf elektronische Art und Weise zu machen, denke ich, wäre eine zu grosse Herausforderung. Ich werde mir überlegen, ob wir, um eine gewisse Analyse zu machen, wie das Max Gimmel und Cyril Stadler fordern, eine Umfrage im Schwimmbad zu machen. Oder ab und zu an einem Tag zu zählen, wer Einheimischer und wer Auswärtiger ist, damit wir einen Überblick bekommen. Aber elektronisch zu machen, das dürfte schwierig sein. Urs Schwarz hat es richtig erwähnt: Die Schwimmbäder - das Schwimmbad und das Strandbad - sind Leuchttürme für unsere Stadt. Damit kann Arbon Reklame machen. Wir müssen darauf achten, dass diese Leuchttürme weiterleuchten und noch besser leuchten. Astrid Straub hat den Vorschlag gemacht, unsere Schwimmbäder massvoll aufzuwerten. Wir werden im kommenden Jahr eine Analyse machen über die Situation des Schwimmbades. Das Schwimmbad ist mittlerweile etwas in die Jahre gekommen. Wir müssen in einer Analyse feststellen, was erneuert werden muss, wie erneuert werden muss und wie allenfalls Attraktivitätssteigerungen gemacht werden könnten. Das machen wir im nächsten Jahr. Ich hoffe, Ihnen dann Ende nächsten Jahres von positiven Resultaten berichten zu können. Auch klar ist, dass diese Leuchttürme leuchten, wenn gutes und freundliches Personal die Gäste willkommen heisst. Urs Schwarz hat da Recht, wenn wir da noch etwas Nachholbedarf haben. Das wissen wir auch in der Verwaltung. Alles in allem danke ich für die Anregungen. Wir werden weiter prüfen - vielleicht nicht in einer Arbeitsgruppe mit x Personen, aber in kleinem Kreis - wie eine Verbesserung der Einnahmesituation gestaltet werden könnte. Wir können da aber nicht Einzelaktionen machen, sondern wir wollen das zusammen mit den umliegenden Gemeinden machen. Das heisst, wir wollen das zusammen mit Romanshorn machen. Die kleinen Bäder in Egnach, Steinach oder Horn sind für uns weniger massgebend. Dankeschön.

Präsident Jakob Auer: Ich danke Stadtrat Peter Gubser für die Ausführungen. Ich stelle fest, dass die Interpellation mit dieser Diskussion als beantwortet gilt.

5. Interpellation „Effizientere und extensivere Bewirtschaftung der Arboner Grünanlagen“ Beantwortung

Präsident Jakob Auer: Die Interpellation „Effizientere und extensivere Bewirtschaftung der Arboner Grünanlagen“ wurde am 22. März 2016 eingereicht durch Dominik Diezi, CVP/EVP, Roman Buff, CVP/EVP, Max Gimmel, FDP/XMV, Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso und Andrea Vonlanthen, SVP.

Das Wort hat zuerst der Interpellant. Ich gebe das Wort Dominik Diezi,

Dominik Diezi, CVP: Im Namen auch der Mitinterpellanten möchte ich mich vorab beim Stadtrat für die ausführliche und fundierte Beantwortung der Fragen bedanken. Grundsätzlich sind wir von der Antwort des Stadtrats befriedigt. Da die Interpellation auch im Hinblick auf den Budgetprozess 2017 erfolgt ist, erscheint es zweckdienlich, wenn der Stadtrat bereits jetzt zur Kenntnis nehmen kann, welche Schlüsse die einzelnen Fraktionen aus den Antworten auf die Interpellation ziehen. Ich beantrage daher Diskussion.

Präsident Jakob Auer: Danke. Der Interpellant beantragt Diskussion. Wer dem zustimmen möchte, erhebe sich bitte vom Sitz.

://: **Dem Antrag auf Diskussion wird einstimmig zugestimmt.**

Ich gebe dem Interpellanten nochmals das Wort.

Dominik Diezi, CVP: Ich kann mich hier als Fraktionssprecher CVP/EVP relativ kurz fassen. Hier hat der Stadtrat gar nicht geschlafen. Er war sehr wach. Aus unserer Sicht ist die Stadt Arbon punkto Bewirtschaftung der Grünanlagen nun auf dem richtigen Weg. Die Marschrichtung stimmt. Es ist sehr erfreulich, dass ein neues Bewirtschaftungskonzept mit unterschiedlicher Bewirtschaftungsintensität ausgearbeitet worden ist. Soweit man das aufgrund der Unterlagen beurteilen kann, erscheint dieses neue Konzept vielversprechend. Die vorhandenen Ressourcen werden möglichst effizient eingesetzt. Und auch den Bedürfnissen der Natur scheint angemessen Rechnung getragen worden zu sein, dürften sich doch die Flächen mit extensiver Bewirtschaftung positiv auf die Biodiversität Arboms auswirken. Vor allem aber ist erfreulich, dass alles daran gesetzt wird, den Personalbestand in nächster Zeit nicht zu erhöhen. Dies ist angesichts der erheblichen Ausweitung der Flächen, die auf dem Sauer Werk II zu verzeichnen sein wird, nicht selbstverständlich. Im Bereich Bewirtschaftung der Grünanlagen hat man offensichtlich die Zeichen der Zeit erkannt und versucht mit verschiedenen Massnahmen, die Effizienz zu steigern und so die knappen Mittel der Stadt möglichst gewinnbringend einzusetzen. Diese offenkundigen Sparbemühungen haben den vollen Respekt und die volle Unterstützung der CVP/EVP-Fraktion.

Heinz Gygax, SVP: Die Interpellation hatte zum Ziel, kurz zusammengefasst, den Bewirtschaftungsaufwand aller städtischen Grünanlagen zu hinterfragen und wo immer möglich und vertretbar, die Biodiversität zu fördern. Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der gestellten Fragen. Übers Ganze gesehen, sind wir mit den Antworten zufrieden. Lediglich einige Bemerkungen und Anregungen möchte ich dazu ausführen. Grundsätzlich steht ausser Frage, dass die Werkhofmitarbeiter einen sehr guten Job machen. Meiner Einschätzung nach sind sie motiviert, geben stets ihr Bestes - und dies bei Hitze, Kälte, Wind und Regen. Ich glaube, das darf hier auch mal gesagt werden. Die Strassen und Wege bis hinein in die Quartiere sind sauber und gepflegt. Die wechselnden Blumenrabatten am See werden allseits bestaunt und die Wildblumen entlang der NLK erfreuen im Sommer unzählige Insekten und auch tausende vorbeifahrende Automobilisten. An diesem Erscheinungsbild wollen auch wir festhalten. Am bestehenden Bewirtschaftungskonzept sehen wir nur beschränkte Einsparungsmöglichkeiten. Allenfalls in Form von punktuellen Anpassungen. Zum Beispiel anstelle der Rosenrabatten weiter weg vom See, welche zeit- und pflegeintensiv sind, einheimische Sträucher zu pflanzen oder weitere Blumenwiesen anzusäen. Oder ein anderer Ansatz: Das Leeren der zahlreichen Abfallkübeln auf dem Stadtgebiet wird stets durch zwei Werkhofmitarbeiter pro Auto ausgeführt. Hier würde unserer Ansicht nach ein Arbeiter pro Fahrzeug auf Tour durchaus genügen. Skeptisch sind wir bezüglich fester Beläge auf Restflächen im Strassenbereich als

Ersatz von Grünflächen. Das ist kaum sinnvoll und wäre vermutlich auch teuer. Auch halten wir nicht viel von der Idee, grössere Rasenflächen für wiederkehrende Veranstaltungen permanent zu verfestigen. Dies bedeutet eine Einschränkung der Benutzungsmöglichkeiten für Erholungssuchende und Freizeitsportler auf den grosszügigen Rasenflächen am See. Und schliesslich: Falls es, wie in der Antwort des Stadtrats keck behauptet wird, tatsächlich gelingen sollte, die 1.5 Hektaren grossen Grünflächen im neuen Stadtpark „Freiraum West“ mit dem vorhandenen Personalbestand zu bewältigen, dann muss die Effizienz wohl zwangsläufig noch gesteigert werden. Wenn dann einmal Bäume, Sträucher, Stauden und Hecken herangewachsen sind, wird der Pflegeaufwand nach und nach zunehmen. Der Stadtgärtner und seine Leute werden dann gefordert sein, ohne Personalaufstockung weiterhin allen Ansprüchen zu genügen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Max Gimmel, FDP: Wie erwähnt, fahren jährlich über 200'000 Velotouristen um den Bodensee. Und es werden immer mehr. Wir haben ein prachtvolles Schloss gleich neben diesem Veloweg. Nur: Wir verstecken es hinter den Bäumen. Man sieht es nicht mehr vom See her. Auch das gehört zu einem Grünkonzept. Es geht also nicht bloss um schöne Blumenbeete, es geht auch um Bäume. Und ob diese uns immer so glücklich machen, wie das Wappen Glauben machen will, muss man nicht erst heute langsam bezweifeln. Es gibt keine andere Gemeinde am Bodensee, bei der das gesamte Seeufer in voller Länge der Orts- oder der Bürgergemeinde gehört. Das gesamte Seeufer ist in öffentlicher Hand und ausser bei den Häfen grösstenteils begrünt, sodass man dahinter vor lauter Bäumen den See nicht mehr sehen kann. Wenn wir das so wollen, hat das halt auch seinen Preis. Und den müssen wir zahlen. Gemäss Budget 2017 werden uns die Grünräume plus Spielplätze etwa 765'000 Franken Personalkosten verursachen. Bei 5'500 Franken Monatslohn im Durchschnitt gibt das 9 Mitarbeiter, die das ganze Jahr nur für die Grünräume zuständig sind. Arbeiten sie tatsächlich jeden Tag in den Grünanlagen? Wenn wir das Grünkonzept also wirklich inhaltlich neu aufstellen wollen, allenfalls auch einen Ersatz suchen für Blumenbeete oder sonst Bäume, dann braucht es mehr als eine gute Stadtgärtner. Für eine wesentliche Neuausrichtung, braucht es einen Ideenwettbewerb und auf jeden Fall Ideen. Wir haben bereits feststellen können, dass überall dort, wo Landschaftsarchitekten involviert waren, interessante Lösungen entstanden sind, die der extensiven Bewirtschaftung sehr gut gerecht werden. Die Beispiele: Jakob-Züllig-Park, Schanze beim Schloss, Eingang zum Schloss und dann auch der einst neu entstehende Park auf dem WerkZwei zeigen das deutlich. Heute haben wir aber keine finanziellen Mittel für eine Neuausrichtung. Wir beschränken uns auf das, was wir mit den vorhandenen Möglichkeiten machen können. Und das ist gut so. Bereits dieses Wahren des Bestehenden ist eine anspruchsvolle Arbeit. Das kann man auch daran erkennen, dass die Suche nach einem Nachfolger für unseren Stadtgärtner nicht einfach zu sein scheint. Aus diesen Überlegungen sind wir der Ansicht, mit dem zu arbeiten, was wir heute haben. Damit sorgfältig umzugehen. Und auch sparsam umzugehen mit den Ressourcen. Danke.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso dankt dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Mal abgesehen von den eingefügten Fotos des Plandokumentes sind die Antworten klar verständlich und aufschlussreich. Die Reduktion des Bewirtschaftungsaufwandes der städtischen Grünanlagen war schon bei der Leistungsüberprüfung ein Thema. Schon vor zwei Jahren wurde es als klares Ziel formuliert, zur Bewirtschaftung der zusätzlichen Flächen, keine neuen Stellen zu schaffen. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat dieses Ziel nach wie vor anstrebt und mit dem Grünraumkonzept auch die Umsetzung bereits in Angriff genommen hat. Die Blumenbeete bei See tragen ohne Zweifel zum positiven Bild unserer Stadt und damit zur Attraktivität von Arbon bei. Andererseits gefällt den meisten auch die weniger aufwändige Bepflanzung beim Webschiffkreisel und der NLK. Insofern scheint das vom Stadtgärtner entwickelte Konzept wirklich ideal. In der Antwort auf Frage 3 heisst es: Der Aufwand könnte bei der Strassenreinigung reduziert werden, indem mit dem bisherigen Zeitaufwand auch die neuen Strassen gereinigt werden. Dies setzt natürlich voraus, dass bestehende Strassen zum Teil

weniger oft gereinigt werden. Wir sind der Ansicht, dies soll auf jeden Fall getan werden - zumindest versuchsweise.

Etwa ein Drittel der Unterhaltskosten fällt für die Reinigung an. Der Winterdienst macht da einen sehr kleinen Anteil dieser Grafik, die Sie da in der Interpellation sehen, aus. In diesem Zusammenhang nähme uns wunder, wie der Stadtrat zur Idee steht, die Werkhofmitarbeitenden beim Fetzeln von Asylsuchenden unterstützen zu lassen. Verschiedene Thurgauer Gemeinden, unter anderem Sulgen, Amriswil oder Kreuzlingen, bieten Asylbewerbern im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms die Möglichkeit, bei der Reinigung von öffentlichen Anlagen und Plätzen mitzuwirken. Ein weiterer Ansatz könnte darin bestehen, einen Teil der neuen Flächen im Saurer WerkZwei für ein Urban Gardening Projekt zu setzen. Unter Umständen könnte sich damit eine klassische win-win-Situation ergeben. Zahlreiche grössere Schweizer Städte kennen bereits solche Gemeinschaftsgärten. Und es wäre interessant zu erfahren, ob der Stadtrat diese Idee für präfenswert hält. Zusammengefasst: Wir sind mit der Antwort der Interpellation zufrieden und begrüssen das Vorgehen des Stadtrats. Wir erwarten jedoch, dass weiteres Potenzial zur effizienteren Bewirtschaftung der Grünanlagen erschlossen wird. Wenn dabei gleichzeitig noch gesellschaftlicher Nutzen gestiftet wird, ist dies umso erfreulicher. Vielen Dank.

Stadtrat Peter Gubser: Schade, dass die Werkhofmitarbeiter nicht im Publikum sitzen. Aber ich werde ihnen umgehend mitteilen, wie viel Lob sie hier aus dem Parlament für die gute Arbeit erhalten haben. Ja, auch ich bin der Meinung, unser Werkhof leiste gute Arbeit. Ich bin auch der Meinung, dass mit diesem Grünraumkonzept, das unser Stadtgärtner kurz vor seiner Pension jetzt noch so aus dem Ärmel geschüttelt hat und das in der Antwort relativ schlecht wiedergegeben wurde, fotografisch aber nun da an dieser grossen Wand hängt, eine gute Arbeit ist und eine zukunftsweisende Arbeit ist. Es ist nämlich mit entsprechenden Farben gezeigt, wo dass intensiver das Grün gepflegt wird und wo dass es weniger intensiv gepflegt wird. Es ist unser Bestreben, den Personalbestand, den wir jetzt haben, dieses gute Personal mit diesem auch die grösseren Flächen Parkflächen im WerkZwei zu pflegen und so eine grössere Effizienz zu erreichen. Zu dieser Effizienz gehören auch neue Maschinen, gehört zum Beispiel eine neue Häckselmaschine, die sie im letzten Budget bewilligt haben und die in der kommenden Woche geliefert werden sollte, es gehören neue Lastwagen, die wir dank Ihrer Bewilligung anschaffen konnten und es braucht auch in Zukunft neue Fahrzeuge, die dann im nächsten Budget zu finden sind.

Lukas Graf hat den Vorschlag gemacht, für das Fetzeln, da das Littering ein immer grösseres Problem wird, auch als Asylsuchende einzusetzen. Wir nehmen diese Idee auf und schauen einmal, was da möglich ist und wie das in Zusammenarbeit mit dem Werkhof möglich ist. Ebenso möchte ich die Idee von diesem Urban Gardening, von diesen Gemeinschaftsgärten, näher ansehen. Vielleicht kann Lukas Graf da einige Beispiele oder Zeitungsartikel liefern, mithilfe von denen ich dann die Diskussion weiterführen könnte. Alles in Allem bin auch ich sehr zufrieden, wie es läuft mit dem Werkhof, wie es läuft mit der Grünplanung.

Schauen wir, dass Arbon so nach aussen weiterhin eine gute Visitenkarte abgibt mit dem fast der ganzen Uferlänge entlang öffentlichem Grund. Lieber Max, deine Bemerkung das ganze Seeufer sei in öffentlicher Hand, stimmte bis vor 20 Jahren. Für die Ortsgemeinde Arbon stimmte das. Jetzt nachdem auch Frasnacht und Stachen dazugekommen sind, stimmt es nicht mehr ganz. Aber es ist doch schön, dass grosse Teile des Ufers der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und so Arbon einen guten Anziehungspunkt hat.

Präsident Jakob Auer: Ich stelle fest, dass diese Interpellation mit der Diskussion als beantwortet gilt.

6. Interpellation „Neues Bewirtschaftungskonzept zum Strandbad Arbon“ Beantwortung

Präsident Jakob Auer: Die Interpellation „Neues Bewirtschaftungskonzept zum Strandbad Arbon“ wurde am 22. März 2016 eingereicht durch Dominik Diezi, CVP/EVP, Roman Buff, CVP/EVP, Max Gimmel, FDP/XMV, Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso und Andrea Vonlanthen, SVP.

Das Wort hat zuerst der Interpellant, Dominik Diezi.

Dominik Diezi, CVP: Auch an dieser Stelle möchte ich mich, auch im Namen der Mitinterpellanten, vorab beim Stadtrat für die Beantwortung der Fragen bedanken. Auch das Strandbad stellt eine grosse Ausgabenposition dar, der in finanziellen Zeiten wie diesen unter die Lupe genommen werden muss. Wie beim Schwimmbad fallen auch hier die stadträtlichen Antworten knapp aus. Gewisse Verbesserungsmöglichkeiten werden zwar kurz skizziert. Ob der Stadtrat aber überhaupt Handlungsbedarf sieht, bleibt letztlich ebenso im Dunkeln wie die Frage, ob allenfalls bereits konkrete Schritte geplant sind. Richtig zu befriedigen vermögen die stadträtlichen Antworten deshalb nicht. Ich beantrage daher Diskussion.

Präsident Jakob Auer: Im Namen des Interpellanten stelle ich den Antrag auf Diskussion. Wer dem zustimmen möchte, erhebe sich bitte vom Sitz.

://: **Dem Antrag auf Diskussion wird einstimmig zugestimmt.**

Dominik Diezi, CVP: Aus Sicht der CVP/EVP-Fraktion kann ich als deren Sprecher festhalten, dass die Erweiterung des Campingplatzes und die Bewirtschaftung der Parkplätze weiterverfolgt werden sollten. Die Pläne bezüglich Erweiterung des Campingplatzes sind schon relativ alt. Hier wäre nun ein beherztes Vorantreiben dieses Erweiterungsprojekts angezeigt. Die im Rahmen einer solchen Erweiterung zu erwartenden Investitionen sollten den Stadtrat nicht davon abhalten. Die Investitionen sollten sich aus den zu erwartenden Mehrerträgen finanzieren lassen. Interessant wäre in punkto Camping zudem gewesen, die Vergleichszahlen des Campings Wiedehorns zu erfahren. Daraus ergäben sich unter Umständen Fingerzeige für weitere Verbesserungsmöglichkeiten. Weiter erscheint uns auch die Überprüfung des Betriebskonzepts angezeigt zu sein. Das Strandbad eignet sich aufgrund seiner Lage schon fast in idealer Weise für Openair-Veranstaltungen. Warum nicht überprüfen, ob das Strandbad regelmässig auch als Eventwiese genutzt werden könnte? Auf dieser Grundlage erscheint auch eine kostendeckende Verpachtung nicht von vornherein als ausgeschlossen. Wie heute Abend schon angetönt, brächten auch im Strandbad erhöhte Eintrittspreise für Auswärtige namhafte Mehreinnahmen.

Die CVP/EVP-Fraktion erwartet vom Stadtrat nun insbesondere, dass die erfolgsversprechenden Verbesserungsmöglichkeiten, die zum Teil schon länger diskutiert werden, zeitnah weiterverfolgt und zur Projektreife gebracht werden.

Astrid Straub, SVP: Die SVP Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Antworten zum vorliegenden Geschäft und begrüsst es, dass hier eine Diskussion stattfindet. Dies umso mehr, da die Antworten des Stadtrats zur vorliegenden Interpellation nur teilweise befriedigend sind. Klar ist, dass Lösungsansätze zur besseren Bewirtschaftung, sprich Gewinnabwurf, gefunden werden müssen und das Gesamtkonzept überarbeitet werden sollte. Daher stellen sich bei uns vor allem 4 Punkte zur Diskussion:

1. Eintrittspreise, Öffnungszeiten
2. Parkierungsbewirtschaftung

3. Events

4. Tourismusförderung

Die Einzeleintrittspreise von Fr. 7.--, wie vom Stadtrat erwähnt, können bestimmt nicht schon wieder angehoben werden. Da auch hier Arbon eines der teuersten Strandbäder im Vergleich zu den umliegenden Nachbarbäder ist. Auch hier möchte ich nochmals auf die Abo-Preise von auswärtigen Besuchern im Vor- und Normalverkauf hinweisen.

Hier könnte eine minimale Erhöhung ins Auge gefasst werden. Die Öffnungszeiten im Strandbad Buchhorn könnten flexibler gestaltet werden. Das könnte zu einer besseren Auslastung des Bades beitragen. Denn die Öffnungszeiten sind im Buchhorn wie folgend:

Von Mitte Mai bis Mitte Juni und Mitte August bis Mitte September ist das Strandbad von 10.00 Uhr bis 19.00 Uhr und vom 12. Juni bis 13. August von 9.00 Uhr bis 20.00 Uhr.

Hier könnte man auch in der Nebensaison bereits um 9.00 Uhr bis 19.00 Uhr geöffnet haben. Das Restaurant könnte ebenfalls durch die Frühaufsteher, welche sich dann anschliessend ins Strandbad begeben, profitieren.

Bei Saisonende, Schliessung der Arboner Bäder, wäre in Zukunft darauf zu achten, dass sich das auf der Homepage publizierte Saisonende vom Datum her in der Medienmitteilung wiedergibt. Nicht wie in diesem Jahr; dass die Bäder um eine Woche früher geschlossen werden - bereits am 4. September und nicht erst am 10. September. Ausgerechnet, wo wir einen so warmen September hatten und ich hier, und sicher auch ein Grossteil der Arboner Bevölkerung seitens Stadtrats um mehr Flexibilität gehofft hatte.

Zur Parkierungsbewirtschaftung: Hier spricht sich die SVP Fraktion einstimmig gegen eine monetäre Bewirtschaftung im Strandbad Buchhorn aus. Es macht im Strandbad schlichtweg keinen Sinn zu bewirtschaften. Gerade mal knapp vier Monate ist das Strandbad geöffnet. Nicht zu vergessen, dass der Sommer leider nicht nur Sonnentage hat. Die Anschaffung einer Schrankenanlage mit Kassahaus beläuft sich auf ca. 120'000 Fr., wenn wir das Schrankensystem mit der Berufsschule an der Standstrasse vergleichen. Selbst dort resultiert nur eine defizitäre Bewirtschaftung. Die Betriebskosten, Unterhalt im Jahr, Leistung, Servicevertrag Parkomatic, Parkingcard, First Level Support, Leerung, Inkasso und Diverses belaufen sich jährlich auf Fr 31'500--. Die Einnahmen in der Standstrasse beliefen sich im Jahr 2015 auf rund Fr. 35'000--. Im 2016 gerade einmal auf Fr. 50'000--. Wohl gemerkt, eine Berufsschule, Schulen und Turnhallen sind vor Ort. Es handelt sich hier um eine Ganzjahresbewirtschaftung. Das gleiche Problem ergibt sich mit der Installierung von Ticketautomaten, da dann die Personalkosten noch höher ausfallen würden und eine Umgestaltung des Areals zur Folge hätte, zumal nur eine Seite über eingezeichnete Parkfelder verfügt.

Wie auch bereits in der vorberatenden Kommission bei der letzten Überarbeitung des Parkierungsreglements, dies ein strittiger Punkt war. Die Kommission stimmte einem Antrag auf Verzicht der monetären Bewirtschaftung zu. Begründung: Die baulichen Massnahmen und der Unterhalt dieser Anlage kämen zu teuer für eine 3-4 monatige Bewirtschaftung. Auch im Parlament bei den Lesungen kam eine Mehrheit des Stadtrats zur Einsicht, dass der Aufwand einer Bewirtschaftung zu gross ist und über das ganze Jahr gerechnet ein Minusgeschäft besteht. Zum Weiteren hätte das Strandbadrestaurant mit Sicherheit weniger Gäste. Wie auch das Tenniscenter und die Kanuschule, sprich Wassersportzentrum. Gegenüber Besuchern mit Hunden, welche jetzt schon beim Seeparkareal bezahlen müssen, oder Freizeitsportler wie Jogger oder Skater, welche vom Strandbad aus starten, wäre eine Einführung von einer monetären Bewirtschaftung nicht gerechtfertigt. Man kann dann auch nicht nur dem Gastgewerbe einen Bonus erteilen, hier müsste man allen sportlichen Einrichtungen gerecht werden.

Die SVP Fraktion sieht es nicht als tourismusfördernd an. Gerade auch auf auswärtige Besucher ist das Strandbad angewiesen. Da der Eintritt mit Fr. 7.-- genügend hoch ist und das Angebot im Strandbad überschaubar ist, verhält es sich in keinem Masse dann noch zusätzlich Parkplatzgebühren zu kassieren. Was den Erweiterungsbau Camping anbelangt geben wir dem Stadtrat recht. Hier müssten zuerst Abklärungen vorliegen, wie hoch die genauen Kosten kommen würden und ob es überhaupt Sinn machen würde, den Campingplatz zu vergrössern. Da auch dieser mit Zelten nur in den Sommerferien voll belegt ist. So nehme ich es wahr, da ich regelmässig im Strandbad bin. Spiel und Erholungsflächen gingen zu Lasten der Bäderbesucher verloren. Gerade Familien und Jugendliche benutzen einen Teil der Fläche für Fussball, Volleyball und sonstige Spiele. Anders verhält es sich mit Events. Hier könnte man versuchen Spiel und Spass für Jung und Alt während der Saison zu planen. Sponsoren suchen, welche gleichzeitig dafür ein Event mitplanen oder durchführen dürfen. Eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen wäre ein weiterer Lösungsvorschlag. Auch mit dem Bademeister und dem Personal vor Ort sollte man über Optimierungen reden. Ich glaube Stadtrat Peter Gubser, weiss wovon ich rede.

Packen wir es an, damit wir auch in Zukunft zufriedene Gäste im Buchhorn begrüssen können. Besten Dank.

Max Gimmel, FDP: Status quo zum dritten. Und auch hierfür bringen wir ein gewisses Verständnis auf, wenn wir jetzt kurz resümieren, was wir heute Abend alles vom Stadtrat gefordert haben, welche Ideen er alle abwickeln soll und sich darauf einlassen soll, ist es ein gewaltiges Pensem und dafür möchte ich an dieser Stelle auch einmal danken. Konzepte und Ideen erfordern für deren Realisierung Geld. Die Stadt hat es zurzeit nicht. Es kann nur von aussen kommen. Beim Strandbad möchten wir deshalb daran erinnern, dass wir vor etwas mehr als einem halben Jahr einen Investor gehabt hätten, ihn aber völlig abgeschmettert und in die Wüste geschickt haben. Die PSG war willens aus dem Strandbadrestaurant etwas zu machen, was sich auch für den übrigen Betrieb sicher einen Mehrwert ergeben hätte. Wir haben es verpasst und fahren heute mit dem Velo nach Egnach, wo wir alles wunderschön finden. Just das Beispiel Egnach zeigt aber, wie man mit privaten Investoren etwas erreichen kann. Wir sehen zurzeit eine einzige Möglichkeit der Verbesserung. Nämlich im Einbezug von mehr Fläche der Strandbadwiese zugunsten des Campingplatzes. Aber auch hier sind mögliche Szenarien Mutmassungen, denn sie werden ohne vertiefte Analyse gemacht. Es braucht Auswertungen über Besucherfrequenzen und auch Besucherprofile. Dies könnte eine Arbeit für eine Fachhochschule sein. Der Stadtrat hat dazu im Moment die Ressourcen nicht. Eines hat mich aber schon erstaunt: Bei der Recherche zum Campingplatz fällt auf, dass die Bewertung im Internet vor allem durch die Lage am See noch hoch ist. Aber die übrigen Bewertungen zum Campingplatz lassen sehr zu wünschen übrig. Ein Campingplatz ist, wie ein Hotel oder Restaurant, einem Rating unterworfen. An diesem Rating kann man arbeiten. Und es würde sich lohnen, dies hier in Arbon auch mal zu überdenken und zu verbessern. Das ist nicht alleine Sache des Stadtrats, aber wie wir schon beim Schwimmbad gehört haben: Es geht auch hier darum, wie dem Touristen begegnet wird. Und da hat es sicher noch Potenzial. Danke.

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Die SP-Gewerkschaften-Juso stimmt mit allen ein, die bis Anhin den Stadtrat gelobt haben und ist mit den Antworten des Stadtrats auch weitgehend zufrieden und danken sehr für die Arbeit für unseren öffentlichen Raum, für unsere öffentlichen Anlagen. Trotz des schlechten Saisonstarts ist das Tief, das im Jahr davor erreicht worden war, durch die neuen Restaurantpächter überwunden worden. Immerhin. Die saisonale Anstellung des Bademeisters passt und die Anlagen erfüllen die Bedürfnisse der Gäste. Die hier nicht Lärm und Events, sondern Ruhe, Erholung, Naturnähe, Sport und Seesicht suchen - auch Bäume. Gerne auch einen Einzleintritt von Fr. 7.--

bezahlen. Gewiss aber, und das ist mehrfach gesagt worden: Nicht mehr. Den Vorschlag der Ausweitung des Campingplatzes auf den Bereich Strandbad, der jetzt mehrfach angesprochen worden ist, und auch lobend, erachten wir aber als verfehlt. Entwässerungsmassnahmen und notwendige Zufahrt, eventuell weitere Parkplätze, das bedeutet Kosten, gehört zu den ökologisch äusserst problematischen Infrastrukturausdehnungen und beeinträchtigt den öffentlichen Raum. Und zudem muss man sagen, ein in Arbon erweiterter Wohnwagenplatz würde diesen schönen Ort, wenn nicht regelrecht verhunzen, so doch zumindest zu einem weiteren gesichtslosen und privat genutzten Seeuferteil schlagen. Wie wir dies von anderen Gemeinden kennen. Arbon ist ein Ort für Ferien und Auszeit. Gäste sollen hier einen Platz finden, aber der besondere Uferstreifen mit seiner Geschichte und seiner Funktion als Freizeit- und Naturraum verlangt mehr als eine Wohnwagenansammlung. Man müsste mit anderen Ideen ans Werk gehen. Beherzt hat Dominik Diezi gesagt: „Nicht im ausgetrampelten Weg ist Gefallen.“ Ja, und Tourismuskonzepte und Architekturpublikationen weisen gerade hier auch neue Wege. Transportable Kleinhäuschen lassen staunen und an Erholung denken. Wir nehmen an, dass der zuständige Stadtrat hier gerne auch weiterdenkt. Um Arbons Anlagen in eine Zukunft zu führen, die Gäste und Einheimische freuen kann. Weiterhin freuen kann.

Stadtrat Peter Gubser: Besten Dank für die positive Aufnahme der Beantwortung dieser Interpellation. Es ist jetzt relativ schwierig für den Stadtrat, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Die einen wollen eine Parkplatzbewirtschaftung, die anderen wollen keine Parkplatzbewirtschaftung. Die einen wollen eine Erweiterung des Campingplatzes, die anderen wollen keine Erweiterung des Campingplatzes. Aber trotzdem denke ich, sind einige gute Ansätze und Überlegungen geäussert worden, die ich gerne weiterverfolge. Wenn Dominik Diezi sagt, der Campingplatz soll doch erweitert werden, man sei auch bereit, entsprechende Investitionen zu bewilligen, um dann grössere Erträge zu schaffen, dann stelle ich den Turbo ein und schaue, dass ich bis zur Budgetversammlung in vier Wochen in diesem Bereich etwas liefern kann.

Ich denke, dass die Idee, die Ruth Erat geäussert hat, mit kleinen mobilen Wohnhäuschen durchaus ein erster Schritt wäre, um den Campingplatz attraktiver zu machen, um den Campingplatz massvoll zu erweitern, um für einen attraktiven Campingplatz in Arbon weiter zu sorgen und das Rating neben einem freundlicherem Personal auch weiter steigen zu können. Astrid Straub hat nach flexiblern Öffnungszeiten gerufen. Wir haben in diesem Jahr beim Schwimmbad versucht, flexiblere Öffnungszeiten einzuführen. Ich finde es nämlich ziemlich müsiggang, das Schwimmbad oder auch das Strandbad offen zu halten, wenn das Thermometer zehn Grad zeigt und es überall regnet. Auf der anderen Seite ist es dann gut, wenn das Bad am Abend länger geöffnet werden kann, wenn es einen schönen Sommerabend gibt, wie wir jetzt im August und im September mehrere erlebt haben. Leider hat das gute Wetter im August und im September die Mindereinnahmen des Vorsommers nicht ganz wettmachen können. Dein Vorwurf, Astrid Straub, bezüglich frühzeitigen oder falschen Angaben zur Schliessung der Badi, kann ich nicht nachvollziehen. Das musst du mir nachher noch einmal erklären. Wir haben das Schwimmbad eine Woche länger offen gehalten, als zuerst publiziert. Wir haben das mit einer Medienmitteilung mitgeteilt. Wir wollten gerade weil das Wetter im September so schön war, den Arbonerinnen und Arboner eine Woche länger die Möglichkeit geben, das Schwimmbad zu benutzen. Die Parkplatzbewirtschaftung wird auf der einen Seite gefordert, auf der anderen Seite wird sie abgelehnt. Da haben sie die Möglichkeit, wenn Sie das Parkierungsreglement, das jetzt in der Kommissionsberatung ist, entsprechend zu ergänzen oder anzupassen. Hier liegt der Ball jetzt bei Ihnen und nicht mehr beim Stadtrat.

Mit Ruth Erat bin ich der Meinung, dass sich der Betrieb des Strandbadrestaurants in diesem Jahr sehr positiv entwickelt hat. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten hat sich die zweite Hälfte der Saison wettermässig und kulinarisch eindeutig verbessert. Ich bin wahrscheinlich derjenige hier im Saal, der am häufigsten dort auf der Terrasse sass. Ich bin überzeugt, dass im nächsten Jahr diese positiven Aspekte weiter ausgebaut werden können. Wir sitzen auch

mit dem Pächter jetzt dann Ende November nochmals zusammen, um gewisse Verbesserungen beim Service zu erreichen und so eines der schönsten Restaurants am See mit dieser wunderbaren Terrasse noch attraktiver gestalten zu können.

Ich danke Ihnen für das Wohlwollen gegenüber unseren öffentlichen Einrichtungen.

Präsident Jakob Auer: Ich stelle fest, dass diese Interpellation mit dieser Diskussion als beantwortet gilt.

7. Fragerunde

Präsident Jakob Auer: Gemäss Art. 48 des GR führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort, mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Eine Frage wurde im Vorfeld eingereicht von Parlamentarier Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso. Darf ich Lukas Graf bitten, ans Rednerpult zu kommen.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Arboner Post hat keinen Geschäftskundenschalter mehr. Auf eine schriftliche Anfrage beim Kundendienst in Bern heisst es: „Grossversände können nun beim Geschäftskundenschalter in Amriswil abgegeben werden.“ Wie ich vernommen habe, gibt es Firmen, die ihre Sendungen seit dem Umzug der Post in Steinach oder Roggwil aufgeben, da die Post Arbon ja nur noch einen einzigen Aussenparkplatz bietet und der Weg über die Tiefgarage zu lang ist. Zum Problem des fehlenden Briefkastens an der Friedenstrasse, das Roman Buff an der letzten Sitzung erwähnt hat, kommen also die fehlenden Parkplätze und der fehlende Geschäftskundenschalter hinzu. In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um Beantwortung der folgenden beiden Fragen.

1. Wann hat der Stadtrat welche Institutionen oder Personen kontaktiert, um den Bedürfnissen der Arbonerinnen und Arboner besser zu entsprechen?
2. Was wird der Stadtrat wann unternehmen, damit Arbon wieder einen Geschäftskundenschalter erhält und der Briefkasten an der Friedenstrasse wieder zur Verfügung steht?

Vielen Dank für die Antworten.

Präsident Jakob Auer: Ich danke Lukas Graf für die Frage. Ich gebe das Wort Stadtpräsident Andreas Balg.

Stadtpräsident Andreas Balg: Lieber Lukas, besten Dank für deine Frage. Da können wir aufbauen auf der letzten Parlamentsitzung und vorweg darf ich sagen, dass der Stadtrat an einer Poststelle mit umfangreichen, dem Standort angemessenen Dienstleistungen interessiert ist und dies auch fordert. Aber auch die Post steht unter bedeutendem Leistungs- und Kostendruck. Wir konnten es lesen: 600 Poststellen sollen aufgehoben werden, 1200 Mitarbeiter sind davon betroffen. Die Digitalisierung fordert Anpassungen. In Arbon hat die Post jedoch investiert, als er ein Bekenntnis in die Zukunft zum Standort und mit der Öffnung hat man auch in Arbon das neue Konzept umgesetzt. Das heisst, die Poststelle

Arbon ist keine klassische Poststelle mehr, sondern eine Privatkundenpoststelle mit Auszahler und unbedienter Geschäftskundenstelle. Was heisst das etwas klarer oder verständlicher ausgedrückt?

Das bedeutet auch einen leichten Teilabbau der Leistungen vor Ort. Klassische Poststellen mit bedienten Geschäftskundenstellen gibt es längerfristig noch in Wittenbach und in Amriswil. In Romanshorn wurde das neue Konzept bereits vor drei Jahren umgesetzt.

Nachdem unterschiedlichste Behauptungen an mich herangetragen wurden, habe ich mich persönlich vor Ort und von kompetenter Stelle informiert. Poststellenleiter Jannis Bannwart war mein Ansprechpartner und steht auch all jenen persönlich zur Verfügung, welche sich ernsthaft informieren wollen. Es gibt noch einen unbedienten Geschäftskundenschalter. Damit können alle Geschäftskundendienstleistungen ausser umfangreichen Massensendungen in der Geschäftsstelle abgewickelt werden. Für grosse Massensendungen kann entweder der kostenpflichtige Abholservice genutzt werden, das heisst die Post kommt zu Ihnen bzw. zum Geschäftskunden nach Hause, oder die Sendung an einer klassischen Poststelle aufgegeben werden. Ich habe mich bei Herrn Bannwart ausserdem über das Informationsvorgehen erkundigt. Alle Geschäftskunden wurden persönlich, schriftlich, mehrfach über Flyer und über die lokalen Medien informiert. 80% der Geschäftskunden wurden während den Monaten vor dem Umzug persönlich durch Herrn Bannwart informiert. Gemäss seiner Aussage konnten unterdessen Lösungen für alle besonderen Bedürfnisse gefunden werden. Auch für die Unternehmen, die es verpasst haben, den Informationen zu folgen, die bereitgestellt wurden.

Folgende Parkplätze können genutzt werden: Gelb markierter Post-Parkplatz westlich der Hamelstrasse, vier blau markierte Parkfelder ebenfalls westlich der Hamelstrasse, der Umschlagplatz im überdeckten Bereich, die Hamel-Tiefgarage und mittelfristig kommen weitere Parkplätze östlich der Hamelstrasse dazu. Zum Briefkasten an der Friedenstrasse: Insgesamt stehen ausweichend Briefeinwürfe auf unserem Stadtgebiet zur Verfügung. Die Chancen stehen gut, dass wir bald den Briefkasten von der Berglistrasse an die Friedenstrasse im Bereich des Parkplatzes verlegen können.

Präsident Jakob Auer: Ich danke Andreas Balg für die Antwort. Gibt es weitere Fragen? Wenn dem nicht so ist, gehen wir weiter.

8. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Jakob Auer: Ich gebe das Wort Hans-Ulrich Züllig.

Stadtrat Hans-Ulrich Züllig: Landauf, landab macht in jüngster Zeit das Thema der Mietzinsobergrenze für Sozialhilfeberechtigte seine Schlagzeilen. Angeheizt wurde dieses Thema durch ein Vorkommnis in Romanshorn, wo das Gericht einen Anspruch einer Frau mit zwei Kindern weitgehend geschützt hat. Dies gegen die Forderungen des Sozialamtes. Etwa im gleichen Zeitraum hat der Regierungsrat die Verordnung zum Sozialhilfegesetz, die sogenannten SKOS-Richtlinien, die im Kanton Thurgau allgemeinverbindlichen Status haben, angepasst und Ergänzungen vorgenommen. Die Publikation dieser Änderung erfolgte im Handelsamtsblatt Nr. 44 vom 4. November dieses Jahres. In der Tagespresse sind diese Änderungen in grossen Lettern verkündet worden unter den Titeln: „Günstig wohnen wird Pflicht“. Wenn Sie nun diese angepasste Verordnung lesen, so kann ich Ihnen mitteilen, dass diese genau den Grundsätzen entsprechen, welche in Arbon seit Jahren dem praktizierten Standard bei der Festlegung der Mietzinsobergrenzen entsprechen. Anders ausgedrückt: „Günstig wohnen“ gehört in Arbon schon längst zur Pflicht.

Zur Illustration möchte ich Ihnen ein paar Eckdaten geben:

- Alleine im laufenden Jahr hat die Sozialhilfebehörde in 58 Fällen eine Korrektur des Mietverhältnisses angeordnet, dies entspricht insgesamt einer Kostenreduktion von rund. Fr. 110'000.-- - Fr. 120'000.-- pro Jahr.
- Trotz dieser beachtlichen Fallzahl verbunden mit teils schmerzlichen Einschränkungen ist es in den vergangenen Jahren zu keinen Rekursen im Sinne der jüngsten Anpassungen der Richtlinien gekommen.

Dies ist nicht selbstverständlich, wie auch der jüngste Fall in Romanshorn zeigt. Dieses Resultat ist vor allem einem professionell ausgestalteten Regelwerk für die in Arbon geltenden Mietzinsobergrenzen zuzuschreiben. Die neuen Änderungen und Ergänzungen der Sozialhilfeverordnung haben somit für Arbon keine unmittelbaren Auswirkungen. Dies darf erneut als Beleg einer professionellen Arbeit unseres Sozialamtes gewertet werden. Ein Sozialamt, welches seine „Hausaufgaben“ in den essentiellen Elementen gemacht hat und dazu weder Gerichte bemühen muss, noch vom Kanton engere Verhaltensregeln auferlegt werden muss.

Dies ist die eine, die blanke Seite der Medaille. Auf der Kehrseite zeigen sich aber auch einige kritische Elemente: Um diese erkenntlich zu machen, erinnere ich Sie daran, dass eine Person mit Anspruch auf Sozialhilfe in ihren bürgerlichen Ehren und Rechten in keinerlei Weise eingeschränkt wird. Diese, durch die Verfassung festgesetzte Tatsache, findet in der allgemeinen Diskussion all zu oft und all zu wenig Beachtung, denn sie hat konkrete Konsequenzen für das politische Handeln.

Und zu diesen Grundrechten gehört auch das Recht der freien Wahl des Wohnortes. Wenn nun mit Schlagworten wie „Günstig wohnen wird Pflicht“ suggeriert wird, dass es sich bei den jüngsten Änderungen um eine neue Forderung oder um eine Verschärfung des Anspruchs auf materielle Unterstützung handelt, so kann dies für die urbanen Zentren kritische Folgen haben. Ich könnte mir vorstellen, dass man in einigen Sozialämtern versucht ist, die Sozialklienten nun mit erhöhten Eifer auf ihre Pflicht zur Senkung der Wohnkosten hinzuweisen, ohne dabei ihr verfassungsmässiges Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes allzu sehr zu betonen.

Und wo findet man diesen günstigen Wohnraum? In den Zentrumsorten, allen voran in Arbon, der mit Abstand am dichtesten besiedelten Gemeinde unseres Kantons. Die Sozialen Dienste werden gefordert sein, noch näher hinzuschauen und die Begründungen für den Zuzug in unsere Gemeinde noch intensiver zu hinterfragen, als sie dies jetzt schon praktizieren. Allerdings ist dem enge Grenzen gesetzt. Denn Menschen in sozialer Not klopfen erst beim Sozialamt an, wenn sie in der Gemeinde bereits Wohnsitz genommen haben. Die jüngste Ergänzung der Sozialhilfeverordnung verstärkt unsere Forderung nach einem gerechten Ausgleich der Sozialkosten, entspricht es doch einem Grundsatz der Betriebswirtschaft, wonach Kosten dort anzusiedeln sind, wo sie beeinflusst werden können. Und dies ist je länger je weniger auf der Ebene der Gemeinden der Fall.

Und noch ein Wort zu Riquet Heller: Lieber Riquet, wir pendeln nicht nach Frauenfeld, um Beiträge zu betteln. Wir verhandeln mit der Regierung in Arbon und in Frauenfeld für eine korrekte Entschädigung für gemeinwirtschaftliche Leistungen, welche unsere Sozialen Dienste unserer Gemeinde zum Wohle der sozialen Wohlfahrt weit über die Grenzen unserer Gemeinde hinaus leisten. Und unsere Forderungen beschränken sich nicht nur auf materiellen Ausgleich. Er könnte auch in anderer Form erfolgen. Zum Beispiel in der Unterstützung von kulturellen oder wirtschaftlicher Infrastruktur. Zum Beispiel, was wir heute diskutiert haben, in der Forderung nach einem Sitz für das neue Museum des Kantons.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Präsident Jakob Auer: Danke. Hat es weitere Informationen aus dem Stadtrat? Es gibt keine weiteren Informationen aus dem Stadtrat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Interpellation von Felix Heller wird mit 12 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen. Noch zwei Informationen zur nächsten Sitzung:

- Damit wir eine geordnete Budgetsitzung durchführen können, wäre es von Vorteil, wenn Antragsteller allfällige Anträge vorgängig bei uns hier oder während des Antragstellens gut leserlich deponieren könnten, damit sie vorhanden sind und wir nicht jedem Antrag nachrennen müssen, bis er den Weg zu uns findet.
- Des Weiteren hat das Büro an der gestrigen Bürositzung beschlossen, dass die Budgetsitzung am 6. Dezember um 17.00 Uhr beginnt. Wir starten eine Stunde früher an der Budgetsitzung vom 6. Dezember.

Wir sind nun am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich bedanke mich bei allen Votanten für die sehr interessanten Voten und die Disziplin der restlichen Parlamentarier. Es bleibt mir noch, Ihnen einen wunderbaren Abend zu wünschen und hoffentlich sehen wir uns noch im Restaurant Seestube, was für uns heute geöffnet ist. Somit ist die heutige Sitzung beendet.

Ende der Sitzung um 21.10 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Jakob Auer

Die Parlamentssekretärin:

Nadja Holenstein